

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Ständige Publikumskonferenz der
öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20 a
04317 Leipzig

Westdeutscher Rundfunk

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100
Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 2. November 2015

Ihr Schreiben vom 28. September 2015 zur Sendung *Tagesschau* – “Verhandlungen in Brüssel – Russland und Ukraine legen Gasstreit bei” vom 26. September 2015

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28. September 2015 zum Beitrag „Verhandlungen in Brüssel – Russland und Ukraine legen Gasstreit bei“ in der *Tagesschau* vom 26. September 2015, das ich am 2. Oktober 2015 erhalten habe.

Sie kritisieren „das bewusste Aussparen wesentlicher Informationen“, wodurch als Motiv für die Einigung von Russland und Ukraine suggeriert werde, „dass Russland lediglich aus wirtschaftlicher Schwäche und aus politischem Kalkül heraus handle“.

Ihr Schreiben werte ich als förmliche Programmbeschwerde, da Sie eine Verletzung des Programmgrundsatzes gemäß § 5 Absatz 6 Satz 2 (Journalistische Sorgfalt bei der Nachrichtengebung) rügen.

Damit einer Beschwerde stattgegeben wird, ist es nicht zwangsläufig ausreichend, dass ein journalistischer Fehler nach allgemeinem Verständnis vorliegt, erst recht reicht es nicht, dass der Beitrag nach Auffassung des Beschwerdeführers oder ggf. des WDR kritikwürdig ist, sondern es muss ein Rechtsverstoß bezogen auf die im WDR-Gesetz vorgeschriebenen Grundsätze für das Programm vorliegen.

Nach eingehender Prüfung komme ich zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen und ich Ihrer Programmbeschwerde daher nicht abhelfen kann. Es bleibt Ihnen unbenommen gegen diesen Bescheid den Rundfunkrat des WDR innerhalb eines Monats ab Zugang anzurufen. Dabei hat der WDR-Rundfunkrat, wenn er sich mit der Programmbeschwerde befasst, dieselben rechtlichen Vorgaben zu berücksichtigen wie der Intendant. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats, 50600 Köln oder WDR Köln, Intendanz, 50600 Köln.

Gerne erläutere ich Ihnen die Hintergründe für meine Entscheidung:

Zunächst stelle ich fest, dass der beanstandete Beitrag auch nach Ihrem Vortrag keine falschen Angaben erhält. Sie sind aber der Ansicht, dass in dem Beitrag wesentliche Informationen ausgespart worden seien und hierdurch die Wahrheitspflicht verletzt sei. Sie führen hierzu die Kommentierung von Hahn/Vesting an, nach der in der Tat bei der Nachrichtengebung nichts wegzulassen ist, was wichtig ist. Entscheidend ist hierbei jedoch, dass der Redaktion im Hinblick auf die verfassungsrechtlich geschützte Rundfunkfreiheit ein weiter Beurteilungs- und Entscheidungsspielraum darüber zukommt, was als wichtig zu erachten ist. Dazu führt die Kommentierung an, dass keine wesentlichen Tatsachen verschwiegen werden dürfen, die dem Vorgang ein anderes Gewicht geben könnten und deren Kenntnis für den Rezipienten unerlässlich ist. Die Frage ist also, ob aus den dargestellten Fakten zwangsläufig eine falsche Schlussfolgerung gezogen wird, so dass im Ergebnis der Vorgang verzerrt dargestellt wird. Keinesfalls ergibt sich hieraus der Anspruch, dass jeder Aspekt eines Sachverhalts oder damit in irgendeiner Weise in Beziehung stehende Fakten genannt werden müssen. Und auch, wenn Zeitgründe keine Rolle spielen sollen, so sind doch Sendeformat und intendierter Sendeinhalt – wie bereits mehrfach betont – ein wichtiger Faktor in der Beurteilung, was „wesentlich“ ist. Das Publikum erwartet in der *Tagesschau* eine nachrichtliche Darstellung, während die Vertiefung eines Themas in hintergründiger Berichterstattung wie z.B. Dokumentationen oder analysierenden Beiträgen erfolgt.

Schon der enge Zeitrahmen einer 15-minütigen Nachrichtensendung wie der *Tagesschau* zwingt zur thematischen Konzentration auf die Hauptnachricht: „Nach einer monatelangen Hängepartie und zähen Verhandlungen unter Vermittlung der EU wird dieser Vertrag die so notwendig gebrauchten Gaslieferungen für den kommenden Winter regeln.“ (Erster Satz im Text der Korrespondentin sowie erster O-Ton). Und der zweite O-Ton des Beitrages betont die Gemeinsamkeit zwischen den Verhandlungsparteien: „Es zeigt, dass gemeinsame Interessen vorliegen.“

Zum Ende des Beitrags weitert Korrespondentin Birgit Virnich die Thematik aus und blickt auf die derzeitige Situation Russlands in der internationalen Politik und Wirtschaft. Sie ordnet in ihrem Aufsatzer zum Ende des nur 1:48 Minuten langen Films das Verhandlungsergebnis ein: „Russland und vor allem Gazprom brauchen auch schlichtweg Geld. Geld ist knapp wegen der fallenden Ölpreise und wegen der Wirtschaftssanktionen. Auch das dürfte die Verhandlungen beflügelt haben.“

Birgit Virnich benennt also marktwirtschaftliche Überlegungen ausdrücklich als eine der möglichen russischen Motivationen, das Abkommen zu schließen.

Das Recht Russlands und Gazproms, für das gelieferte Gas auch eine angemessene Bezahlung zu verlangen, wird damit – entgegen Ihrer Behauptung – in keiner Weise in Abrede gestellt.

Auch kann ich mich Ihrer Kritik nicht anschließen, die EU werde zu Unrecht als unbeeinflusster Vermittler dargestellt. So greift der Bericht, wie bereits aus der Anmoderation hervorgeht, auch die ureigenen Interessen der EU jenseits des bilateralen Streits um Bezahlung und Lieferung von Gas zwischen Russland und der Ukraine auf: „Unter Vermittlung der EU verständigten sich die Energieminister in Brüssel darauf, dass die Ukraine von Oktober bis nächsten März russisches Gas erhält. Der Gasstreit zwischen den beiden Staaten hatte in der Vergangenheit auch die russischen Lieferungen nach Westeuropa beeinträchtigt.“ Entsprechend früh – nach 47 Sekunden – betont dann auch der Beitrag die entscheidende Tatsache, dass EU-Länder wie die Bundesrepublik von russischen Gaslieferungen abhängig sind, wovon „etwa die Hälfte ... durch Pipelines in der Ukraine geleitet wird.“ Direkt im Anschluss daran folgt die Einschätzung von Norbert Röttgen (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses), der die gemeinsamen Interessen an einer ungestörten Lieferung sieht und die „vorübergehende Einigung“ ausdrücklich begrüßt.

Insgesamt kann ich aufgrund Ihrer Ausführungen nicht ersehen, inwiefern die Redaktion hier in Anbetracht des Berichtsgegenstandes und des gewählten Fokus wichtige Informationen vorenthalten haben oder auf andere Weise einen falschen Eindruck erweckt haben soll.

Die förmliche Programmbeschwerde gemäß § 10 Abs. 2 WDR Gesetz ist nicht als öffentliches Verfahren ausgestaltet. Dieser Bescheid ist mithin auch nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Auch bei der gemäß § 10 Abs. 4 WDR Gesetz vorgesehenen Veröffentlichung des Vierteljahresberichts des Intendanten, ist darauf zu achten, dass die schutzwürdigen Belange von Betroffenen gewahrt bleiben. Dies vorweggeschickt, weise ich mit Blick auf die von Ihnen angekündigte Veröffentlichung dieses Schreibens auf der Webseite Ihres Vereins darauf hin, dass diese in Ihrer ausschließlichen Verantwortung liegt und sämtliche eventuell berührte Rechte Dritter (Urheberrechte, Persönlichkeitsrechte, Datenschutz) durch die Ständige Publikumskonferenz geprüft/geklärt werden müssen.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinem Schreiben die Grundsätze des Programmbeschwerdeverfahrens verdeutlichen konnte und Sie die Überlegungen, die in Ihrem Fall zu meinem Bescheid geführt haben, nachvollziehen können.

Mit freundlichen Grüßen

Eva-Maria Michel
in Vertretung des Intendanten